

Klares JA zu GeRAG und zur Atomkraft

An seiner drittletzten Grossratssitzung vertrat der Innendirektor Kurt Wernli „seine“ Gemeindereform Aargau (GeRAG) in zweiter Lesung. Den vorgeschlagenen Massnahmen des 1.Pakets wurden schon in der ersten Lesung, mit Ausnahme der SVP und des Schreibenden, zugestimmt. An dieser Ausgangslage hat sich auch in zweiter Beratung nichts mehr geändert. Der Regierungsrat legt hier die Sammelvorlage GeRAG im Rahmen seiner sogenannten „Wachstumsinitiative“ von 2005 vor. Sie umfasst Änderungen der Verfassung, des Gemeindegesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes und des ÖV- Gesetzes. Mit der Änderung von Regelungen wie der Ausgleichsfinanzierung oder das streichen des Grundbedarfs sollen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Gemeinden verbessert werden (!?). Aus Sicht der betroffenen, auf finanzielle Unterstützung stark angewiesenen Gemeinden heisst das aber Mangel an Solidarität und Zwang zu Fusionen. Diese Ansicht wurde jedoch von der Mehrheit des Rats nicht geteilt obwohl 79 Gemeinden teilweise massiv zusätzlich belastet werden. Der Rat stimmte diesen Reformen des GeRAG erneut klar zu (*siehe auch Kommentar*). Nach dem Stabwechsel von Regierungsrat Wernli zu Kollege Beyeler standen vorab energiepolitische Vorstösse auf der Traktandenliste. Die Motion der SP – Fraktion welche den Regierungsrat hätte auffordern sollen, dem Aargauer Volk eine Ergänzung in der Verfassung vorzuschlagen, die den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie bewirken sollte, wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Rates mit 33 : 87 Stimmen deutlich verworfen. Die Begründungen waren auch; Angst vor der Energiesicherheit, der Versorgungsauftrag könne nicht mehr wahrgenommen werden, sei wirtschaftlich untragbar und es entstehe so eine riesige Stromlücke (*diese wird mir schon seit mehr als 35 Jahren angedroht*). Was also in Basel Landschaft und im Kanton Basel möglich ist, darf bei uns nicht sein. Auch Tschernobyl scheint vergessen. Was bleibt von der Ablehnung ist Glauben und Hoffen. Genauso deutlich abgelehnt wurde ein Auftrag der SP, (Sprecherin; Elisabeth Burgener SP Gipf-Oberfrick) welche vom Regierungsrat forderte, dass er sämtliche sachlichen, rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen sollte um ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle auf dem Gebiet des Kantons Aargau zu verhindern. Die Begründung, dass die Zuständigkeiten für

Kernanlagen beim Bund liegen genügt, nebst den schon vorher genannten Argumenten um den atomfreundlichen Rat mit 29: 82 Stimmen zur Ablehnung des Antrages zu bewegen. Den Motionen der Grünen und von Martin Christen (SP) welche ähnliche Stossrichtungen, dies jedoch auf gesetztes Ebene verfolgten, erging es genau so. Der Rat lehnte auch diese mit 82:29 und 81:23 Stimmen ab und zementierte somit klar seine Haltung in dieser Sache. Auch bei einer Richtplananpassung zur Festsetzung eines Golfplatzes in Bergdietikon mit einer 27- Loch Golfanlage mit Driving Range herrschte Einigkeit unter den Bürgerlichen Parteien. Dieser Riesenanlage welche einmalig im Kanton ist wurde mit 85:31 Stimmen zugestimmt. Bei der gebrauchten Fläche von 93ha. gehen 64 ha. Fruchtfolgefläche verloren. Gegen diese Vorlage und die dazu notwendigen über 200 Parkplätze auf offener Wiese wehrte sich die SP zusammen mit den Grünen jedoch vergeblich. Es ist schade, dass im Kanton Aargau immer noch kein abgestimmtes Standortkonzept für Golfplätze vorliegt und dass erneut in eine Landschaft von kantonaler Bedeutung hineingebaut wird.

Roland Agustoni, Grossrat Magden